

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“

17. WP - 1. konstituierende Sitzung

am Montag, dem 29. März 2010, 14.00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Mitglieder

Abg. Markus Matthießen (CDU)	Vorsitzender
Abg. Dr. Michael von Abercron (CDU)	
Abg. Petra Nicolaisen (CDU)	
Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	
Bernd Jorkisch, Vicepräses der IHK zu Lübeck	
Abg. Dr. Gitta Trauernicht (SPD)	
Abg. Martin Habersaat (SPD)	
Abg. Anette Langner (SPD)	
Abg. Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Abg. Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)	
Abg. Anke Spoorendonk (SSW)	
Abg. Anita Klahn (FDP)	i. V. von Ingrid Brand-Hückstädt
Abg. Carsten-Peter Brodersen (FDP)	i. V. von Gerrit Koch

Weitere Abgeordnete

Jürgen Weber (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Wahl einer oder eines Vorsitzenden	4
2. Wahl einer oder eines stellvertretenden Vorsitzenden	5
3. Verfahrensfragen	6-7
4. Terminplanung	8-9
5. Verschiedenes	10

Landtagspräsident Torsten Geerds, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und begrüßt die Mitglieder der Kommission. Er bedankt sich für die Bereitschaft der Kommissionsmitglieder sich der Frage einer norddeutschen Kooperation anzunehmen. Er stellt fest, dass die Kommission öffentlich tagt, dass der Kommission 13 Mitglieder, davon ein externes Mitglied und momentan 11 stellvertretende Mitglieder angehören. Er stellt fest, dass die Enquetekommission beschlussfähig ist. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung:

Wahl einer oder eines Vorsitzenden

Abg. Rathje-Hoffmann schlägt für das Amt des Vorsitzenden der Enquetekommission den Abg. Matthießen vor. Abg. Matthießen wird einstimmig von den Mitgliedern der Kommission zum Vorsitzenden der Kommission gewählt und übernimmt den Vorsitz.

Wahl einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters

Abg. Dr. Trauernicht wird bei eigener Enthaltung einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verfahrensfragen

Die Kommission kommt überein, als Kurztitel den Titel „Norddeutsche Kooperation“ zu bestimmen.

Der Vorsitzende setzt die Enquetekommission darüber in Kenntnis, dass Herr Thomas Warncke die Geschäftsführung der Enquetekommission als Angehöriger der Landtagsverwaltung übernehme. Stellvertretender Geschäftsführer sei Herr Thomas Wagner vom Stenographischen Dienst des Landtags. Die juristische Beratung und Betreuung erfolge durch den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags, vertreten durch Frau Dr. Anika D. Luch.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass durch den Informations- und Dokumentationsdienst und die Bibliothek Materialien und Informationen zur Enquetekommission bereitgestellt würden.

Der Vorsitzende spricht die Frage an, ob an den Sitzungen der Enquetekommission ständige Mitglieder der Landesregierung anwesend sein sollen. Er schlägt vor, dass die Landesregierung diese gegebenenfalls anhand der Thematik der jeweiligen Sitzung auswählen könne.

Abg. Strehlau gibt zu bedenken, dass die Einladungen an bestimmte Organisationen und Verbände gerichtet werden sollten, die in der Tischvorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannt worden sind. Diese könnten anhand der Tagesordnung entscheiden, ob sie teilnehmen möchten. Die Kommission könne von sich aus gegebenenfalls explizit um Erscheinen bitten. Sie plädiert dafür, dass die Kommission ihre Arbeit nach außen hin transparent gestalten solle und potenzielle Multiplikatoren mit eingebunden werden sollten.

Abg. Dr. Trauernicht regt an, dass die Kommissionsmitglieder sich bezüglich der Frage, wer als ständiges Mitglied in Betracht komme, Gedanken machen sollten und dieses bei der nächsten Sitzung zur Sprache kommen solle.

Abg. Spoorendonk unterstützt den Vorschlag, diese Frage grundsätzlich mit den jeweiligen Fraktionen abzuklären. Sofern ständige Vertreter dazu kommen sollten oder themenbezogene Einladungen erfolgten, solle dies im Internet unter dem Internetauftritt der Enquetekommission veröffentlicht werden.

Der Kommissionsvorsitzende spricht die Frage der inhaltlichen Strukturierung der Enquetekommission an. Nach kurzer Diskussion wird Einvernehmen darüber erzielt, dass es gegebenenfalls themenbezogene Einladungen an Sachverständige geben solle. Der Vorsitzende spricht den Aspekt an, dass von der Landesregierung ein Sachstandsbericht zu bestehenden Kooperationen erbeten werden solle. Ziel solle sein, einen Überblick über bereits bestehende Kooperationen zu erhalten. Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich die Kommission anhand des vom Landtag beschlossenen Fragenkataloges (LT-Drs. 17/181) weiter vorarbeiten solle.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, bis zum 20. April 2010 Vorschläge zum Ablauf und zur Strukturierung der Kommission vorzulegen. Dies eröffne die Möglichkeit, vor der nächsten Sitzung am 26. April 2010 den weiteren Fahrplan zu koordinieren.

Abg. Spoorendonk wirft die Frage auf, ob die Vorschläge lediglich den gesamten Ablauf oder nur thematische Schwerpunkte betreffen. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Fragenkatalog (LT-Drs. 17/181) bereits die Schwerpunkte vorgabe, und bis zum 20. April 2010 Vorschläge bezüglich des Ablaufs erfolgen sollten.

Abg. Strehlau weist darauf hin, dass der als Tischvorlage bereitliegende Strukturierungsvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Vorschlag gedacht sei. Sie gibt zu bedenken, dass nach dem beabsichtigten Zeitrahmen 22 Sitzungen der Enquetekommission bis Ende 2011 zur Verfügung stünden und dieser eng gesteckte Zeitrahmen auch bei der Strukturierung Berücksichtigung finden müsse. - Abg. Habersaat führt aus, dass die Vorschläge zur inhaltlichen Strukturierung, die bis zum 20. April 2010 vorlägen, vorsortiert werden müssten. Notwendig sei, dass hier eine Koordinierung stattfinde.

Der Geschäftsführer der Enquetekommission weist darauf hin, dass in der Bibliothek des Landtags eine Literatursammlung in Form eines Handapparates zur Verfügung stehe. Hier sei verfügbare Literatur zu Kooperationen von Bundesländern zusammengetragen worden.

Abg. Strehlau erklärt, dass bei der Grobplanung einer inhaltlichen Strukturierung immer auch die finanziellen Auswirkungen von Kooperationen etc. Berücksichtigung finden müssten.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, dass im Hinblick auf Kooperationen auch andere Faktoren neben den Kosten immer mit in den Blick geraten müssten. Hier seien Bürgernähe, Synergieeffekte und auch Qualitätsstandards zu nennen.

Abg. Dr. Trauernicht wirft die Frage auf, wie die Sachstandsanfrage an die Landesregierung gerichtet werden solle. Sie fragt, ob es einen Entschließungsantrag geben müsse, der gegeb-

nenfalls im Plenum beschlossen und dann an die Landesregierung gerichtet werde. - Abg. Weber weist darauf hin, dass die Enquetekommission diesen Weg nicht nehmen müsse. Die Kommission sei dazu eingesetzt, Vorschläge zu erarbeiten. Insoweit könne sie ohne Entschließungsantrag eine Sachstandsanfrage an die Landesregierung richten.

Abg. Spoorendonk weist darauf hin, dass es zunächst eine Bestandsaufnahme geben müsse.

Abg. Weber betont, dass die Frage der Weiterentwicklung von Kooperationen Aufgabe der Enquetekommission sei. Die Landesregierung solle den aktuellen Status liefern.

Die Kommission beschließt, einen Sachstandsbericht von der Landesregierung über den aktuellen Status bereits bestehender norddeutscher Kooperationen des Landes Schleswig-Holstein mit anderen Ländern zu erbitten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Terminplanung

Die Kommission beschließt einstimmig den Terminplan (KVorl 17/1).

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Herr Fenske vom Informations- und Dokumentationsdienst des Landtages präsentiert eine Internetseite für die Kommissionsmitglieder, die der Sichtung von elektronisch verfügbaren Dokumenten zum Thema Kooperationen des Landes Schleswig-Holstein diene. Sie enthalte sowohl Dokumente mit übergreifenden Aspekten als auch Staatsverträge, die einzelne Kooperationen betreffen. Herr Fenske weist darauf hin, dass es keine Möglichkeit gebe, die Staatsverträge des Landes Schleswig-Holstein komplett darzustellen. Hierzu benötige man stärker spezifizierte Suchkriterien. Er weist weiter darauf hin, dass die Seite Rechnungshofberichte zum Thema enthalte. Ein weiterer Aspekt seien Kooperationen der Bundesländer Berlin und Brandenburg, die auf einer Portalseite übersichtlich zusammengestellt seien.

Auf eine Frage des Abg. von Abercron erklärt Herr Fenske, dass es kein vergleichbares Portal für die Kooperationen und Staatsverträge des Landes Schleswig-Holstein gebe, wie dies für die Länder Berlin und Brandenburg eingerichtet sei. Das Portal von Berlin und Brandenburg sei ein integriertes Portal mit regelmäßigen Fortschrittsberichten.

Angeregt wird gegebenenfalls auch für das Land Schleswig-Holstein ein vergleichbares derartiges integriertes Portal zu erstellen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass jede Fraktion ein Exemplar der Publikation „Nordstaat“ des Lorenz-von-Stein-Instituts bekommen habe. Die Anschaffung weiterer Exemplare müsse aus Fraktionsmitteln erfolgen.

Die Kommission beschließt, Kommissionsvorlagen und Niederschriften zu den Sitzungen im Internet zu veröffentlichen.

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Matthießen
Vorsitzender

gez. Warnecke
Geschäfts- und Protokollführer